



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

KPÖ-Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 24. März 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 26. März 2015

an Frau Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröckl

Betrifft: Reduzierung der Mindestsicherung im Frauenhaus

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!

Kürzlich wurde in der Wochenpublikation „Woche Graz, 18. März 2015“ über das positive Wirken des Frauenhaus Graz als Teil des Vereines „Frauenhäuser Steiermark“ berichtet. Aktuell sind in Graz 23 Frauen und 21 Kinder, die familiärer Gewalt ausgesetzt waren, bis zu 6 Monate, teilweise unter psychologischer und traumatherapeutischer Begleitung, untergebracht. Aber, und dies stellte auch die Geschäftsführerin des Frauenhauses Graz, Frau Kollegin Gosch, fest: „Es gibt kaum ein Netz, das die Frauen danach auffängt. Viele haben kaum Geld, keine Wohnung keinen Job.“

Mit der letzten Novelle des StMSG-DVO ab 01. 02. 2015 werden Personen, die sich in einer „Frauenschatzeinrichtung“ befinden, nach dem Steiermärkischen Gewaltschutzeinrichtungsgesetz (Frauenhaus) lediglich 37,5 Prozent der (wenn gewährten) bedarfsorientierten Mindestsicherung ausbezahlt; dies gilt auch für den Kinderzuschlag (beim 1. Kind € 7,13 von € 19,-- beim 2. Kind € 8,63 von € 23,--).

Es wird in der Politik in unserer Gesellschaft oft und viel über „soziale Gerechtigkeit“ geredet. In der vorhin beschriebenen Praxis hat aber das Land Steiermark mit seinen Verantwortlichen keine Hemmung, den Betroffenen und notleidenden Mitmenschen in Graz die gewährte Mindestsicherung beträchtlich zu reduzieren.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck, folgende

Frage

Was gedenken Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, in Ihrer von der Stadt Graz übertragenen politischen Funktion in dieser Frage zu unternehmen? Werden Sie sich, s. g. Fr. Stadträtin, bei den zuständigen Stellen im Land Steiermark einsetzen, um beispielsweise zu ähnlichen Lösungen zu gelangen, wie es das Frauenwohnheim Graz praktiziert?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Dienstag, 24. März 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 26. März 2015

an Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Anlaufstelle zur individuellen Förderung für Schulveranstaltungen

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Schon mehrmals haben wir hier darüber diskutiert, wie wir als Stadt Graz dazu beitragen können, dass möglichst kein Schüler und keine Schülerin aus finanziellen Gründen nicht an einer Schulveranstaltung – sei es ein Skikurs oder eine Sommersportwoche – teilnehmen kann. Viel zu oft ist es das fehlende Geld, das eine Teilnahme unmöglich macht. Auch wenn es – durch Elternvereine etwa – Möglichkeiten der Unterstützung an den Schulen selbst gibt, fällt es vielen Erziehungsberechtigten nicht leicht, diese in Anspruch zu nehmen.

In der Fragestunde der September-Gemeinderatssitzung haben Sie signalisiert, dass es möglich sei, bald, vielleicht sogar bis zum Ende des vergangenen Semesters, eine Anlaufstelle bei der Stadt einzurichten, an die sich Eltern wenden können, wenn sie Unterstützung brauchen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Wann wird es beim Magistrat der Stadt Graz eine neutrale Anlaufstelle geben, an die sich Eltern (unter Vorlage eines Einkommensnachweises) wenden können, wenn sie rasch und unbürokratisch finanzielle Unterstützung zu Schulveranstaltungen ihrer Kinder benötigen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Dienstag, 24. März 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 26. März 2015

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Spielsucht-Prävention an Grazer Schulen

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Immer mehr Menschen sind in der Stadt Graz von Spielsucht und ihren Folgen betroffen, unter ihnen nicht wenige Jugendliche. Leider ließ die steirische Landesregierung eine Reihe an Möglichkeiten aus, wirksam gegen die Wurzeln dieses immer drängenderen sozialen Problems vorzugehen, das bereits tausende GrazerInnen und SteirerInnen in Armut, Abhängigkeit, Kriminalität und das gesellschaftliche Abseits gedrängt hat.

Nun werden im steirischen Landtag Präventionsmodelle diskutiert, die Berichte und Diskussionen von ehemaligen Spielsüchtigen mit Jugendlichen vorsehen. Deren authentische Darstellungen bieten jungen Menschen die Möglichkeit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und ihr eigenes, möglicherweise problematisches Spielverhalten zu überprüfen.

Ein ähnliches Präventionsmodell gibt es im Bereich der Verkehrssicherheit. Hier wurde vor zehn Jahren in Österreich das Projekt „Close to“ gestartet, ein Präventionsprojekt zur Reduktion von Verkehrsunfällen junger FahrerInnen. Junge FahrlässigkeitstäterInnen besuchen nach einem Vorbereitungskurs Fahrschulen, Berufsschulen und Lehrlingsausbildungsstätten, um von ihrem eigenen Unfall (fast immer unter Alkoholeinfluss), den Folgen und Auswirkungen auf das Leben anderer und das eigene Leben zu berichten (Siehe: www.close-to.at).

Die überaus positiven Erfahrungen mit dem „Close to“-Modell in der Präventionsarbeit sind es deshalb durchaus wert, Übertragungspotentiale für den Bereich der Spielsucht auszuloten und gegebenenfalls ein Pilotprojekt zu starten.

Aus den genannten Gründen stelle ich an Sie folgende

Frage:

Wie stehen Sie zu oben skizzierten Präventionsprojekt und sind Sie gegebenenfalls bereit, die Umsetzung von Workshops zur Spielsucht-Prävention an Grazer Schulen zu unterstützen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ina Bergmann

Gemeinderatsitzung am 26. März 2015

Antrag:

**Betrifft: Hochwasserschutzmaßnahme in der Salfeldstraße
Verrohrung des Straßengerinnes im Bereich des Grundstückes Nr. 466/1**

2005 war das Jahr des großen Hochwassers in Graz, auch in Straßgang gab es damals große Überflutungen und viele StraßgängerInnen waren davon stark betroffen.

In der Salfeldstraße Kreuzung Martinhofstraße waren einige Jahre zuvor Grundstücke verkauft worden und junge Familien hatten sich den Traum eines Eigenheimes erfüllt. Leider wurde dieser Traum schließlich zum Alptraum und brachte die Menschen an den Rand eines finanziellen Desasters.

Das bebaute Grundstück war in der Vergangenheit immer überflutet und von Hochwasser gefährdet und trotzdem hat die Stadt die Baubewilligung ohne Einschränkungen gewährt.

Infolge des Jahrhunderthochwassers im Jahr 2005 wurden von Seiten der Stadt für die Bebauung auf der gegenüberliegenden Straßenseite und in der Umgebung Bodengutachten in Auftrag gegeben. Auf Grund dieser Gutachten mussten bei späteren Bauvorhaben überall Versickerungsbecken errichtet werden.

Nach dem großen Hochwasser haben die damaligen Wirtschaftsbetriebe als schnelle Hilfe das Straßengerinne im betroffenen Abschnitt in der Salfeldstraße mit Betonhalbschalen vergrößert und versucht, die Hangwässer so in den Griff zu bekommen. Erforderlich wäre aber auch die Vergrößerung der vorhandenen Verrohrung gewesen, um das Wasser im Falle eines Starkregens auffassen zu können. Leider waren die finanziellen Mittel damals nicht vorhanden.

10 Jahre danach ist das Problem noch immer nicht gelöst, die BewohnerInnen müssen sich alljährlich bei Starkregenereignissen mit Sandsäcken schützen und haben bei der Feuerwehr Alarmstufe 1. Durch die Betonhalbschalen ist zwar das Wasser von der Straße weg, kann aber von der Verrohrung nicht aufgenommen werden und überschwemmt die angrenzenden Grundstücke.

Dieses Problem könnte durch eine Verlängerung der Verrohrung um ca. 70 Meter und einem größeren Durchmesser der Betonrohre behoben werden.

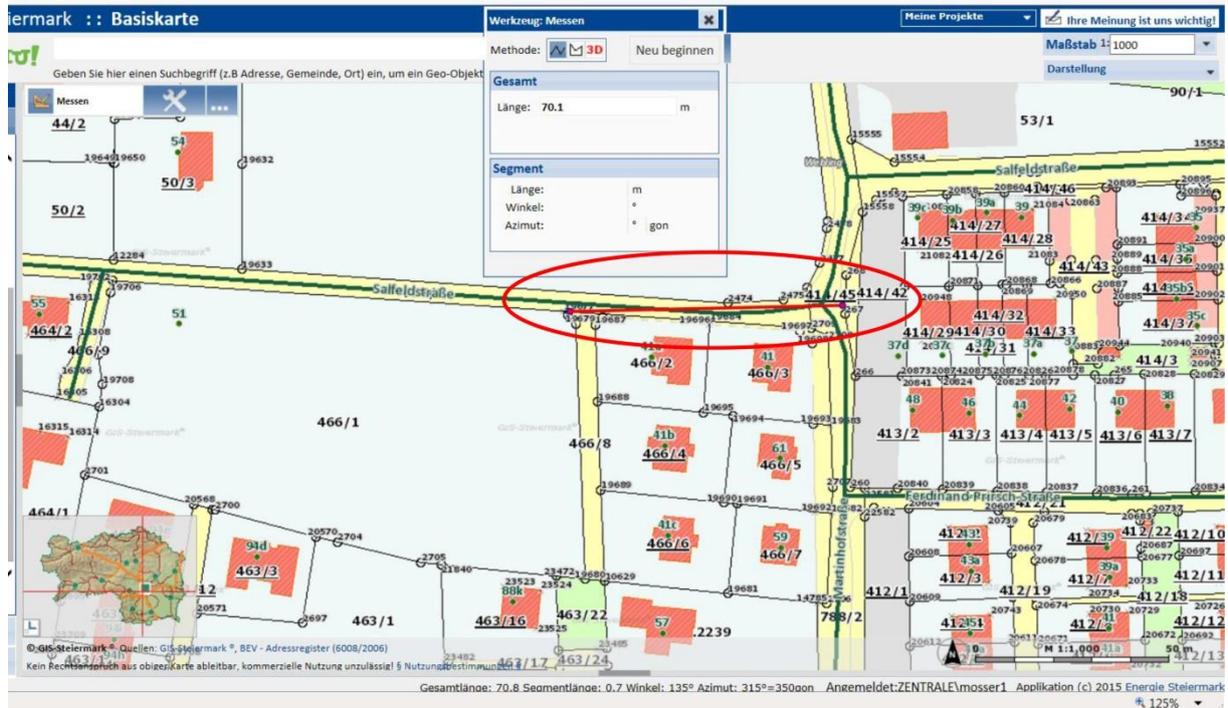
Trotz vieler Eingaben und Gespräche mit zuständigen Beamten sowie zuständigen Politikern hat sich bis heute nichts geändert. Im Gegenteil: Die Betroffenen werden als lästig empfunden.

Nachdem die Behörden in diesem Fall eine Baubewilligung ohne Einschränkungen erteilt haben, ist die Stadt auch in der Verantwortung, das Problem zu lösen.

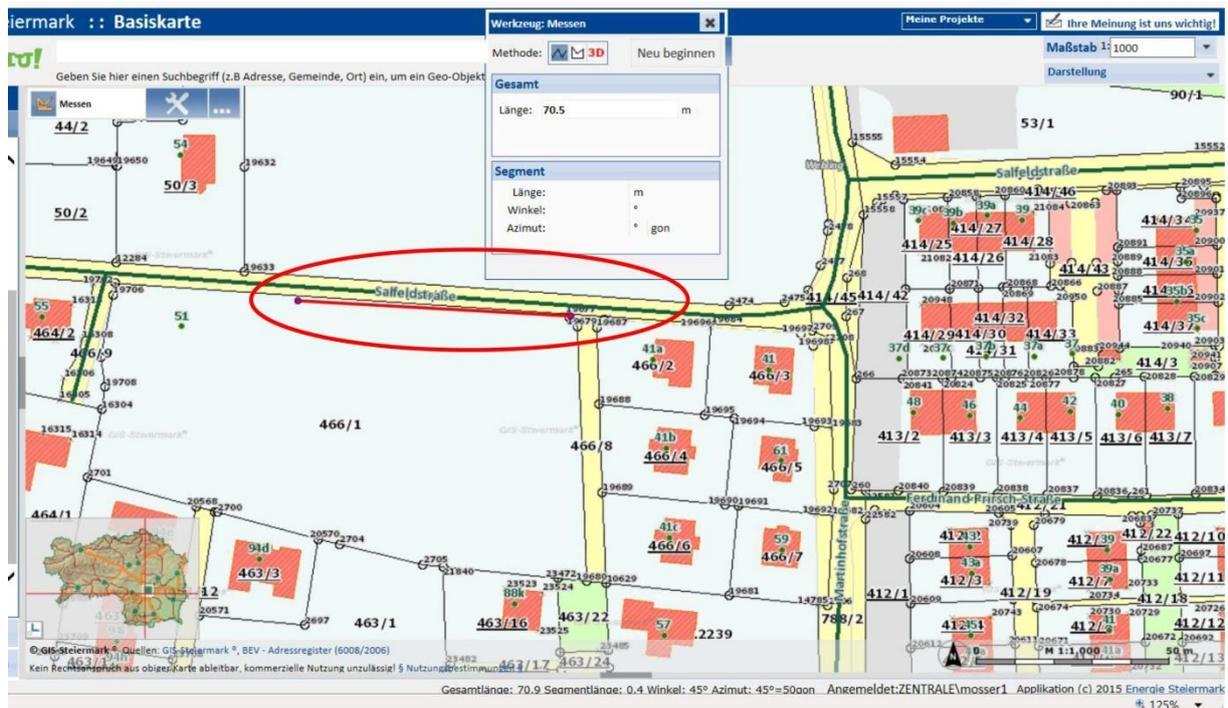
Im Namen der KPÖ Fraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die im Motivenbericht geschilderte Problematik zu überprüfen und schnellstmöglich eine Lösung in Angriff zu nehmen. Für die dafür notwendigen finanziellen Mittel ist eine budgetäre Vorsorge zu treffen.



Verrohrung ertüchtigen von 300mm auf z.B. 600 mm Durchmesser über ca 70 Meter Länge



VARIANTE : Betonhalbschale gegen Verrohrung wechseln über ca 70 Meter Länge
Vorhandene Vor- und Nachfluter: Betonrohr 300 mm Durchmesser



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Manfred Eber**

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag

Betrifft: **„Zwischennutzung“/Ökoparzellen**

Graz ist eine wachsende Stadt mit beschränktem Flächenangebot. Hier kommt es also besonders darauf an, mit den vorhandenen Flächen schonend und sinnvoll umzugehen. „Zwischennutzung“ wurde in den letzten Jahren immer wieder zum Schlagwort. D. h. brachliegende Flächen sollen bis zur endgültigen „Entwicklung“ zeitlich begrenzt für unterschiedlichste Zwecke genutzt werden. Gleichzeitig steigt in der Bevölkerung die Lust am „Garteln“ und der Wunsch nach gesunden Lebensmitteln.

In Wien wird diesen Bedürfnissen mit sogenannten „Ökoparzellen“ teilweise Rechnung getragen. Gegen eine geringe Gebühr werden interessierten BewohnerInnen Parzellen mit 40 bzw. 80 m² zur Verfügung gestellt, diese sind bereits mit biologischen Gemüsesamen und -pflanzen bestellt und werden dann an die Gärtnerinnen und Gärtner übergeben. Die Verantwortung für Pflege und Ernte wird den NutzerInnen übertragen. (siehe auch: <http://www.wien.gv.at/umwelt/wald/landwirtschaftsbetrieb/parzellen.html>)

Auch wenn in Graz andere Voraussetzungen und Zielsetzungen vorliegen, erachte ich dieses Modell der Ökoparzellen durchaus als überlegenswert für unsere Stadt.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob und auf welchen Flächen ein vergleichbares Modell von Ökoparzellen angeboten werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag

Betrifft: Schülerlotsen für die Volksschule Neuhart

Der Schulweg in Graz birgt vor allem für die Kleinsten immer wieder Gefahren. Jedoch trägt die sehr sinnvolle Einrichtung von Schülerlotsen viel zur Entspannung der Situation im Umfeld von Schulen bei. In der Kärntnerstraße liegt durch das enorme Verkehrsaufkommen und erhöhte Geschwindigkeiten ein verstärktes Gefahrenpotenzial.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz beauftragt die betreffenden Stellen, in Zusammenarbeit mit Direktion und ElternsprecherInnen der Volksschule Neuhart Schülerlotsen zur Sicherung des Schulwegs einzurichten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora
Gemeinderätin Martina Thomüller

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag

Betrifft: **Grazer Märchenbahn evaluieren**

Bei der im November 2014 neu eröffneten Grazer Märchenbahn ist die Kritik vieler märchenkundiger Kinder durchaus berechtigt.

Was bei der halbstündigen Fahrt mit der Grazer Märchenbahn im Grazer Schlossberg geboten wird, verursacht bei den zahlreichen Kindern durchwegs enttäuschte Gesichter statt leuchtender Augen. Die Vorfreude auf allseits bekannte Märchenfiguren wird bereits nach wenigen Minuten genommen. Moderne Licht- und Videoinstallationen können bekannte Märchenfiguren halt leider nicht ersetzen. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf.

In der Vergangenheit waren in den Stollen des Schlossbergs insgesamt 34 Märchendarstellungen aus Kunststoff aufgestellt, wie zum Beispiel Schneewittchen, Peter Roseggers Waldheimat, das tapfere Schneiderlein, Pumuckl, Riesenstiefel, Rumpelstilzchen, Tischleich deck dich, Rotkäppchen, Frau Holle und der Froschkönig.

Die für die Gestaltung der Grazer Märchenbahn zuständigen Frida und Fred müssen daher dringend nachsetzen und vielleicht zusammen mit märchenerfahrenen Kindern nachjustieren. Eine gesunde Mischung zwischen dem vorhandenen Neuen und Altbewährtem, so hört man von Kindern, wäre wünschenswert.

Wir stellen deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, an *Frida und Fred* mit dem Anliegen heranzutreten, zusammen mit märchenerfahrenen Kindern eine Nachjustierung der Märchengrottenbahn – vor allem mit allseits bekannten Märchenfiguren – in Angriff zu nehmen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag

Betrifft: Securitas-KontrollorInnen – Übernahme in das Grazer Parkraumservice

Groß war 2011 die Aufregung über die Meldung, dass 24 MitarbeiterInnen der Firma Securitas ein illegales Schwarzfahrssystem an Eingeweihte weitergaben. Dafür standen sie 2013 auch vor Gericht. Der Schaden belief sich damals im sechsstelligen Euro-Bereich. Die Angelegenheit wurde aber mittlerweile geklärt, die Schuldigen zur Verantwortung gezogen.

So, wie es jetzt jedoch aussieht, wird der Vertrag mit Securitas nicht mehr verlängert und die Kontrollen in den Öffis ab 2016 vom Grazer Parkraumservice durchgeführt.

Dass die Stadt Graz künftig die Fahrscheinkontrollen wieder selbst durchführen will, ist durchaus ein Schritt in die richtige Richtung und sehr begrüßenswert. Doch die Freude ist nicht ungetrübt.

Was auf den ersten Blick als vernünftig erscheint, ist jedoch beim zweiten Hinschauen ein schwerer Schlag für die Beschäftigten der Securitas, die ihren Job als KontrollorIn ernst nehmen und gut erledigen. Sie könnten bald ohne Arbeit dastehen.

Die Verantwortlichen der Stadt Graz sollten die schon geschulten und erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auffangen und in das Grazer Parkraumservice integrieren! Das wäre eine sinnvolle, kostensparende und faire Vorgehensweise im Interesse aller Beteiligten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates sowie der Herr Finanz- und Verkehrsstadtrat werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob die schon geschulten und erfahrenen MitarbeiterInnen in das Grazer Parkraumservice aufgefangen und integriert werden können.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag

Betrifft: **Tempo 50 in der Weinzöttlstraße**

Der Abschnitt der Weinzöttlstraße von der Kreuzung Grazer Straße bis zur Kreuzung beim Hofer/Baumax ist durch die anliegenden Siedlungen und Geschäfte stark von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen frequentiert. In diesem Teil ist - obwohl es sich hier um ein dicht besiedeltes Stadtgebiet handelt - die höchstzulässige Geschwindigkeit von 60 km/h erlaubt.

In der Arlandsiedlung leben viele Kinder, die auf ihrem Schulweg die Straße benutzen. Auch eine Behinderteneinrichtung, deren BewohnerInnen ebenfalls die Straße mehrmals täglich nutzen, befindet sich in der Siedlung.

Das derzeit geltende Tempolimit von 60 km/h im Ortsgebiet ist angesichts dessen viel zu hoch. In anderen Bereichen der Stadt – etwa im Bereich des Weblinger Gürtels/Puntigamer Straße - darf hingegen nur mit Tempo 50 gefahren werden. Hier wird sogar extra darauf hingewiesen, dass es sich um Stadtgebiet handelt. Im dicht bewohnten Gebiet in der Weinzöttlstraße wäre eine 50 km/h-Beschränkung noch um ein Vielfaches wichtiger.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklub folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie der Herr Verkehrsstadtrat werden ersucht zu evaluieren, ob im angeführten Bereich das geltende 60 km/h-Tempolimit auf 50 km/h reduziert werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Martina Thomüller

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag

Betrifft: Hundkotbeutel abbaubar

Zuerst sei festgehalten, dass es uns hier nicht darum geht, wie die Kompostierung oder die Weiterverarbeitung der Hundekotbeutel stattfindet, sondern im Allgemeinen die Sackerl zu wählen, die am wenigsten Zeit brauchen, um zu verrotten.

Denn in der Stadt Graz leben geschätzt 15.000 Hunde. Pro Jahr werden von Hundebesitzer_innen über 1.000.000 Hundekotbeutel verwendet, um das Zusammenleben zwischen Mensch und Hund im städtischen Bereich so sauber wie möglich zu gestalten. Aus 350 Spendern im gesamten Stadtgebiet kann man sie entnehmen.

Nun gebe ich zu bedenken, dass ein solcher Plastik-Hundekotbeutel mehr als 100 Jahre benötigt, bis die Umwelt ihn abgebaut hat. 1.000.000 Beutel pro Jahr x 100 Jahre für den Abbau – was das in Summe für eine Umweltbelastung ausmacht, kann man sich ausdenken. Es gäbe aber die Möglichkeit, biologisch abbaubare Hundekotbeutel anzubieten, die viele Gemeinden – wie z.B. Knittelfeld – bereits wohlwollend angenommen haben. Diese Beutel zerfallen innerhalb von 40 Tagen in einer gesunden kompostierbaren Umwelt, weil keine auf Polyethylen basierenden Bestandteile beinhaltet sind.

Deshalb stelle ich seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz und der Holding Graz werden ersucht, bei den Hundkotsackerln auf eine umweltfreundliche (leicht abbaubare) Alternative umzustellen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Martina Thomüller

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag

Betrifft: Obstbäume und Obststräucher anpflanzen

Grünraum wird immer mehr wertgeschätzt von den Menschen, vor allem wenn sie in Städten wohnen. Freie Flächen sind in Ballungszentren knapp, auch in Graz. Mit der „Grünraumoffensive“ handelt die Stadt da gerade richtig. Grünflächen sollen gekauft oder über eine Zwischennutzung der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Vor allem die Bezirke Gries und Jakomini benötigen dies dringend.

Wenn öffentlicher Grünraum der Bevölkerung zugänglich gemacht wird, wäre es wünschenswert, dass in den Parks auch Bereiche mit öffentlich zugänglichen und nutzbaren Obstbäumen und -sträuchern geschaffen werden, wo man nach Lust und Laune frische Früchte ernten und kosten kann. Derartige Parks und Bereiche – man denke beispielsweise an den Naschgarten in Andritz – erfreuen sich bei der Bevölkerung immer größerer Beliebtheit. Außerdem würde diese zusätzliche Nutzungsmöglichkeit zu einer Aufwertung der öffentlichen Parkflächen beitragen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Abteilung für Grünraum und Gewässer wird ersucht, in Kooperation mit der Holding dafür zu sorgen, dass bei der Gestaltung von Parks und Grünflächen im öffentlichen Raum künftig mehr Obstbäume und -sträucher gepflanzt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau **Ina Bergmann**

Donnerstag, 26. März 2015

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Variobahn

45 neue Straßenbahnen wurden 2007 von der Graz AG (heute Holding Graz) um ca. 100 Millionen Euro bestellt. Die Ausschreibung dieser Bestellung sorgte bereits damals für Aufregung. Warum kam gerade die Firma Stadler und nicht Siemens vor Ort zum Zug?

Der Stadtrechnungshof wurde schon vor der Lieferung der ersten Straßenbahnen mit einer Prüfung beauftragt. Damals ging es um die Ausschreibung und die Auftragsvergabe. Der damalige Bestbieter kam zum Zug, was auch von den Prüfern als ordnungsgemäß bestätigt wurde.

Ob aus heutiger Sicht noch immer von einem Bestbieter gesprochen werden kann, darf indes bezweifelt werden.

Warum wurden alle 45 Bahnen ohne einen entsprechenden Probetrieb in Graz auf einmal bestellt und warum hat man sich – nach Bekanntwerden der Probleme durch die extreme Erschütterung – nicht von der Variobahn verabschiedet? Diese Frage stellen sich heute nicht nur Grazer und Grazerinnen.

Seit April 2010 ist die Variobahn in Graz im Einsatz. Mit viel Publicity und Aufwand wurde die erste Bahn im März 2010 in Graz begrüßt. Die Erwartungen und die Freude waren groß, wurden aber bald mehr als gedämpft. Bis die ersten gelieferten Bahnen eingesetzt werden konnten, schlugen die Wellen schon hoch. Bereits im April 2010 gab es die ersten Beschwerden von betroffenen AnrainerInnen über Lärm und Erschütterungen sowie von Fahrgästen über den mangelnden Platz. Und mit jeder Streckenausweitung werden es mehr.

AnwohnerInnen haben sich zu Bürgerinitiativen zusammengeschlossen und versuchen, gemeinsam mit den Verantwortlichen Lösungen zu finden.

Im Gemeinderat wurde von einzelnen GemeinderätInnen immer wieder versucht, das Problem mit der Variobahn zur Sprache zu bringen. Trotz vieler Gutachten von ExpertInnen von beiden Seiten, zwei Prüfungen durch den Stadtrechnungshof und eines Maßnahmenkataloges der Graz Linien kann das Problem scheinbar nicht gelöst werden. Da hilft es auch nicht, wenn die zuständige Vorstandsdirektorin der Graz Linien das Problem einfach für gelöst erklärt.

Die Informationen darüber, was Sache ist, sind auch für den Gemeinderat unzureichend. Als GemeinderätInnen werden wir mit vielen Fragen konfrontiert, die wir nicht beantworten können.

Beim BürgerInnenforum von „Mehr Zeit für Graz“ am 11. März 2015 haben die Initiativen einen Hilferuf an die Politik gerichtet. Diesen dürfen wir nicht ungehört lassen.

Wenn es Möglichkeiten gibt, Verbesserungen zu umzusetzen, müssen wir alles dafür tun, um die Lebensqualität der Menschen in der Stadt zu erhalten.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Beteiligungsreferent und der zuständige Stadtrat für Verkehr werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Holding Graz einen umfassenden Informationsbericht zum Thema Variobahn zu erstellen und diesen dem Gemeinderat bis spätestens Juni 2015 vorzulegen. Folgende Fragen sind im Speziellen zu beantworten.

1. **Bis wann werden alle 45 Variobahnen geliefert und im vollen Einsatz sein?**
2. **Welche Maßnahmen wurden bis jetzt getätigt und sind noch geplant, um die von den BürgerInnen seit 2010 angesprochenen Probleme in den Griff zu bekommen?**
3. **Wie hoch sind die bisherigen Kosten für jene Maßnahmen, die zusätzlich getätigt werden mussten?**
4. **Wieviel wurde bis jetzt an die Fa. Stadler Pankow bezahlt und gab es auf Grund der technischen Probleme und Verzögerungen an der Variobahn selbst Preisnachlässe bzw. wurde darüber verhandelt und mit welchem Ergebnis?**
5. **Wurde ein Ausstieg aus dem Kaufvertrag jemals in Betracht gezogen bzw. warum war das nicht möglich?**
6. **Gibt es Untersuchungen darüber, welche Auswirkungen die geplanten Mittelteile für die Variobahn in Bezug auf Lärm, Erschütterungen und Schienennetz haben werden? Ist mit einer Verschlechterung der Situation und mit zusätzlichen Kosten zu rechnen?**
7. **Sind die Mittelteile bereits Bestandteil des Vertrages über den Ankauf der Variobahnen bzw. gibt es dazu andere Optionen und bis wann wird darüber entschieden werden?**



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 26. März 2015

Dringlicher Antrag

Betrifft: Psychotherapie für Erwachsene Suchtkranke auf Krankenschein

Zum Anliegen „Psychotherapie gegen Verrechnung auf Krankenkasse“ gibt es von meiner Seite bereits einen Dringlichen Antrag vom 17. Oktober 2013.

Darin habe ich allgemein auf die im Steigen begriffene Problematik hinsichtlich psychischer Erkrankungen unterschiedlicher Genese hingewiesen.

Auch darauf, dass ein sehr hoher Prozentsatz der Selbstzahler/innen Niedriglohnempfänger/innen sind bzw. gar kein Einkommen aufweisen.

Auf die Schwierigkeiten einer speziellen Gruppe von Menschen, welche die für sie notwendige Therapie zum Großteil selbst bezahlen müssen, möchte ich heute hinweisen. Es geht um die an Sucht erkrankten Erwachsenen!

Am Beispiel der Einrichtung „Aloisianum“ in der Herrgottwiesgasse zeigt sich, dass die Klienten und Klientinnen, welche als erwachsene suchtkranke Männer und Frauen in der Regel für die Dauer eines Jahres in besagtem Hause Aufnahme finden, nach deren Entlassung vor einem besonderen Problem stehen:

Während des stationären Aufenthaltes stehen zwei Psychotherapeuten, nämlich Spezialisten für Suchttherapie(!), zur Verfügung.

Nach der Entlassung der Klienten und Klientinnen wäre in fast allen Fällen zur Überbrückung der folgenden schwierigen Zeit eine weiterführende Suchttherapie dringend von Nöten. Zwar gibt es grundsätzlich acht kassenfinanzierte Therapieeinheiten zu Beginn einer Behandlung. Jedoch bekommen die meisten Betroffenen keine Therapie, da viel zu wenige PsychotherapeutInnen zur Verfügung stehen, welche spezielle kassenfinanzierte Suchttherapien anbieten würden. Diese sind somit zeitlich weitgehend ausgebucht, sodass Wartezeiten für Patient/innen bis zu einem halben Jahr in Kauf genommen werden müssen.

Findet der/die Suchterkrankte keinen voll finanzierten Kassenplatz, müssen die Kosten für die allgemeine Psychotherapie selbst übernommen werden, wobei von der GKK 21,90 Euro, von der BVA 40 Euro rückerstattet werden. Den Betrag von 55 Euro aufwärts zunächst zu erlegen, ist aber für die meisten Betroffenen von vornherein gar nicht möglich. Demzufolge hängen viele Betroffene nach einer erfolgreichen stationären Suchttherapie völlig in der Luft. Dadurch steigt die Gefahr eines Rückfalls.

Bei allen Kostenüberlegungen ist zu bedenken, dass bei Rückfällen auf Grund mangelnder Prävention neue, erhöhte Kosten allgemein auftreten.

Die flächendeckende kassenfinanzierte Psychotherapie ist eine in Österreich im ASVG (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz) gesetzlich verankerte Pflichtleistung. Seit 1992 ist jedoch bislang kein bundesweiter Vertrag zustande gekommen. In der Steiermark gibt es einen allgemeinen Kassenzuschuss, der allerdings seit 20(!) Jahren noch nie erhöht worden ist.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Dringlichen Antrag

Die Stadt Graz richtet eine Petition an den Bundesgesetzgeber, damit dieser die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Behandlung für Erwachsene an Sucht erkrankte durch speziell ausgebildete Therapeut/innen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartefristen gewährleistet werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 26. März 2015

Zusatzantrag

zum Dringlichkeitsantrag von Gemeinderätin Mag.^a Astrid Polz-Watzenig „Qualitätssicherung im Bereich der Kinderbetreuung“

Der Antragstext wird um folgende Punkte 3 und 4 ergänzt:

„3. Die Stadt Graz konzentriert sich darauf, künftig selbst verstärkt städtische Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

4. Die Qualitätsstandards der Kinderbetreuungseinrichtungen müssen für städtische wie private Einrichtungen gleichermaßen gelten und sind regelmäßig zu kontrollieren.“